

aufbaugemeinschaft

FORUM FÜR STADTENTWICKLUNG
UND REGIONALPLANUNG

***STADTENTWICKLUNG:
FORDERUNGEN AN DIE
POLITIK 2011 – 2015***



Stadtentwicklung: Forderungen an die Politik 2011 – 2015

VORGELEGT DURCH DIE AUFBAUGEMEINSCHAFT
BREMEN ANLÄSSLICH DER WAHL ZUR
BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT AM 22. MAI 2011

Das Thema Stadtentwicklung hat Auswirkungen auf alle Bereiche des Lebens: Arbeit, Wohnen, Bildung, Freizeit, Mobilität und vieles mehr. Die Politik setzt hier Rahmenbedingungen, die oft für mehrere Generationen von Bürgern eine wichtige Rolle spielen. Die Aufbaugemeinschaft Bremen begleitet daher kritisch und konstruktiv die Arbeit der politischen Gremien und Senatsressorts in Bremen.

Bereits vor der letzten Wahl – im April 2007 – haben wir den Parteien unsere „Wahlprüfsteine“ vorgelegt. Die Resonanz war sehr positiv. In den vergangenen vier Jahren hat sich tatsächlich einiges bewegt, beispielsweise bei der Bereitstellung attraktiven Wohnraums und bei der Entwicklung der Überseestadt. Gleichzeitig ist jedoch Vieles unerledigt geblieben und hat jetzt eine noch größere Dringlichkeit erlangt. Dazu gehören unter anderem die Stärkung der Innenstadt und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Logistik-Hochburg Bremen.

Für die Legislaturperiode 2011 bis 2015 haben wir daher erneut eine Prioritätenliste für die Stadtentwicklung erarbeitet. Von unseren Politikern erwarten wir vor der Wahl klare Aussagen, wie sie sich zu diesen Themen positionieren – und nach der Wahl handfeste Taten.

Bremen, März 2011



Quelle: BTZ Bremer Touristik-Zentrale

1. Das Oberzentrum stärken

Die „Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten“ hat in den vergangenen Jahren an Fahrt aufgenommen. Dennoch sind die gegenwärtigen „Spielregeln“ nicht immer vorteilhaft für die Großstadt, denn bei der Schaffung von Flächen für Wohnen, Gewerbe und Einzelhandel ist die „grüne Wiese“ zunächst fast immer kostengünstiger. Hinzu kommt, dass Bremen viele Angebote in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Kultur vorhält, die Lohn- und Einkommensteuer der vielen Pendler aber in den Umlandgemeinden gezahlt wird.

Forderungen der Aufbaugemeinschaft:

- Bündelung aller Kräfte in Bremen und darüber hinaus, um sich gegenüber Bund und Ländern für eine bessere Finanzausstattung der Region stark zu machen
- Ernsthaftes Vorantreiben der Abstimmung zwischen Bremen und den niedersächsischen Umlandgemeinden bei der Raumordnung
- Offensive Beteiligung Bremens am regionalen Zentren- und Einzelhandelskonzept mit besonderer Berücksichtigung der City, der Airportstadt, der Überseestadt und des Technologieparks Uni Bremen

Auch das Umland benötigt jedoch ein attraktives Oberzentrum, das seinen Aufgaben gerecht wird und die gesamte Region aufwertet. Die Beseitigung der gegenwärtigen raumordnerischen Schieflage ist daher im Interesse aller Beteiligten.

Die im Mai 2008 eingeleitete Neuaufstellung des Flächennutzungsplans ist von wesentlicher Bedeutung für die Frage, ob Bremen seine Handlungsmöglichkeiten in der Metropolregion zukünftig ausschöpfen wird. Nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten wird der neue Flächennutzungsplan voraussichtlich erst am Ende der neuen Legislaturperiode durch die Bürgerschaft beschlossen werden

können. Dabei sollte – entgegen der bisherigen Überlegungen, die einen Zeitraum bis 2020 vorsehen – ein Planungszeitraum bis 2030 zugrunde gelegt werden.

Ein spezieller Fokus der zukünftigen Entwicklung muss auf dem Stadtzentrum liegen, denn dort entscheidet sich die oberzentrale Rolle einer Großstadt. Und gerade dort weist Bremen immer noch gravierende quantitative und qualitative Einzelhandelsdefizite auf.

2. Mehr Leben in die Innenstadt

Die Bremer Innenstadt ist räumlich stark eingegrenzt. Um die Attraktivität zu erhöhen, muss qualitativ und quantitativ nachgebessert werden. Ein besserer Angebotsmix und mehr Produkte, die nicht überall zu haben sind, werden dringend benötigt. Gleichzeitig muss die städtebauliche Qualität kontinuierlich aufgewertet werden, um das Einkaufserlebnis in der Stadt nachhaltiger zu machen. Im Sinne einer deutlichen Erhöhung der Aufenthaltsqualität für die Besucher ist unter anderem eine Verlagerung der Strassenbahn aus der Obernstrasse in die Martinistraße erforderlich.

Dem Druck auf das durch die Sögestrasse und die Obernstrasse bis zum Ansgarikirchhof gebildete "Konsum L" muss durch die weitere Entwicklung und Aufwertung der Parallellagen begegnet werden. Das Ziel ist die Schaffung interessanter Rundläufe, die auch die bereits bestehenden Lagen wie den Wall integrieren.

Forderungen der Aufbaugemeinschaft:

- Belebung traditioneller Einkaufsachsen wie Obernstraße, Hutfilterstraße und Faulenstraße
- Verlagerung der Straßenbahn aus der Obernstraße in die Martinistraße
- Ansiedlung kleinerer, inhabergeführter Fachgeschäfte an den Querverbindungen zwischen diesen beiden Achsen
- Zügige Entwicklung einer größeren, baulich offen gegliederten Einzelhandelsansiedlung in der City
- Deutliche Erhöhung des in der City getätigten Umsatzes am Gesamtumsatz des bremischen Einzelhandels
- Anpassung veralteter Einzelhandelsflächen und Strukturen in zentraler Lage an die neuen Anforderungen
- Umwidmung größerer Erdgeschossflächen bei den Banken am Domshof und in der Museumsstraße
- Zeitlich befristete, öffentliche Förderung ansiedlungswilliger privat- und inhaberorientiert geführter Einzelhandelsbetriebe
- Leistungsfähige Verkehrszuwegungen zur City aus allen Richtungen und aus der Metropolregion

Um zusätzliche Käufer und Besucher in die Innenstadt zu bringen, wird aber auch eine neue, größere Einzelhandelsansiedlung benötigt. Dabei gehen wir nicht von einem geschlossenen Zentrum aus, sondern eher von einer offen gegliederten baulichen Konzeption.

3. Tourismus: Potenzial ausschöpfen

Quelle: Bremer Touristik-Zentrale



Forderungen der Aufbaugemeinschaft:

- Inlands- und Auslandsmarketing weiter ausbauen und stärken
- Akquisition von Tagungen und Kongressen verstärken
- Ryanair-Engagement nutzen und pflegen
- Akquisition von Großveranstaltungen wie dem Kirchentag
- Das 6-Tage-Rennen durch ein innovatives Konzept sichern
- Keine Bettensteuer einführen

Tourismus belebt die Stadt und erschließt zusätzliche Einnahmequellen. Bremen hat diese Chance schon vor Jahren ergriffen und seine Position ständig ausgebaut. Die aktuellen Zahlen unterstreichen dies: Rund 40 Millionen Tagesgäste im Jahr 2010, 1,45 Millionen Übernachtungen und 1,54 Milliarden Euro Umsatz.

Der Kulturtourismus spielt dabei eine besondere Rolle. Das zeigt die große Strahlkraft von Einrichtungen wie der Kunsthalle, dem Überseemuseum, dem Universum, den Theatern und der Deutschen Kammerphilharmonie. Auch Veranstaltungen wie das Musikfest, die Messe jazzahead und die Bremen Classic Motorshow erfreuen sich großer Beliebtheit. Kultur ist ein herausragender Standortfaktor für die Region.

Dieses positive Bild basiert auf erfolgreichen Public-Private-Partnerships. Das Potenzial ist jedoch noch lange nicht ausgeschöpft.

4. Attraktive Standort-Angebote für Unternehmen

Die Überlegungen des Baurechts gehen davon aus, dass eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklung neuer Gewerbeflächen nicht im Einklang mit der im neuen Flächennutzungsplan angestrebten konsequenten Flächensparpolitik stünde. Wir dürfen aber nicht nachlassen, weitere Flächen für Gewerbeansiedlungen auszuweisen. Ein erhöhtes Angebot erzeugt eine entsprechende Nachfrage. Nur durch ein quantitativ überzeugendes Angebot können neue Unternehmen für Bremen interessiert werden.

Besonders erfreulich entwickelt sich zurzeit die Überseestadt. Dies muss weiter intensiv begleitet werden. Auch die Airportstadt, der Technologiepark und der Gewerbepark Hansalinie müssen aktiv weiterentwickelt werden, um das Potenzial auszuschöpfen, das sie den ansässigen Unternehmen und der Stadt bieten. Dabei gilt es insbesondere, wichtige Akteure wie den Flughafen, EADS, die Hochschule Bremen und die Universität Bremen intensiv mit einzubeziehen.



Quelle: WFB

Forderungen der Aufbaugemeinschaft:

- Bereitstellung von ausreichend neuen Gewerbeflächen
- Weitere intensive Entwicklung der Überseestadt, die im letzten Jahr erheblich an Fahrt aufgenommen hat
- Zügige Fertigstellung der BAB 281 und weiterer Infrastrukturmaßnahmen für die Airportstadt
- Erweiterung des Technologieparks vor allem nach Süden (Kleingartengebiet)
- Ausarbeitung von eigenständigen Profilen für die Gewerbegebiete, z. B. der Schwerpunkt Technologieunternehmen im Technologiepark Bremen

5. Mehr Wohnraum schaffen

Bremen muss weiter an seiner positiven Einwohnerentwicklung arbeiten und dabei insbesondere die Attraktivität für Familien weiter erhöhen. Die Wohnungsbaukonzeption des Senats muss bei der Erarbeitung des neuen Flächennutzungsplans langfristig fortentwickelt und in zweierlei Hinsicht ergänzt werden:

1. Die Umnutzung von Kleingartenflächen sollte für die Innenentwicklung der Stadt genutzt werden, beispielsweise auf dem Stadtwerder, in Woltmershausen, in der Vahr, in Findorff-Weidedamm sowie in Schwachhausen.
2. Beim Flächenangebot für den Eigenheimbau muss auch mittel- und langfristig der Nachfrage Rechnung getragen werden. Nach Abschluss des Baugebiets Borgfeld-West müssen geeignete Flächen für den Eigenheimbau bereitstehen, um auch in diesem Nachfragesegment gegenüber den benachbarten Gemeinden konkurrenzfähig zu bleiben und positive Effekte für die Einwohnerentwicklung Bremens zu erzielen. Neben einer Erweiterung von Borgfeld-West ist beispielsweise an Flächenausweisungen in Osterholz und an der Franz-Schütte-Allee zu denken.

Forderungen der Aufbaugemeinschaft:

- Zügige Bereitstellung weiterer attraktiver Wohngebiete in Bremen. Wegen der Nähe zur Innenstadt zählen dazu insbesondere der Bereich Überseestadt und der Bereich um das Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße
- Schaffung neuer Wohnquartiere für junge Familien mit Einfamilienhäusern
- Entwicklung von Wasserlagen zum Wohnen. Die Überlegungen, weitere Gebiete des Stadtwerder zu einem neuen stadtnahen, vom Wasser umgebenen attraktiven Wohnquartier umzuwandeln, müssen wieder aufgenommen werden
- Neuauflage der Initiative „Bremer bauen in Bremen“

Das Thema „Stadt am Fluss“ muss im Bezug auf Wohnen weiterentwickelt werden. Wasserlagen erfreuen sich einer zunehmenden Nachfrage, wie zurzeit die Überseestadt beweist.

6. *Mobilität für Menschen und Güter*

Für die Wettbewerbsfähigkeit Bremens als Industrie-, Logistik- sowie Handels-, Wissenschafts- und Tourismusstandort sind eine leistungsfähigere Verkehrsinfrastruktur und eine adäquate Anwendung der Instrumente zur Verkehrslenkung unverzichtbar.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur A 281 muss als Chance begriffen werden, zügig eine Bauvariante der Anbindung an die A1 zu entwickeln, die von den Anwohnern und der Wirtschaft einvernehmlich mitgetragen wird. Senat und Bürgerschaft werden deshalb aufgefordert, die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen und damit auch das Angebot des Bundes für eine zügige Lösung anzunehmen.

Nicht vernachlässigt werden darf dabei die Fortführung der A 281 vom GVZ an die A 27 einschließlich der Weserquerung. Die Autobahn kann erst dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn der Ringschluss vollendet ist. Der erwartete Verkehrszuwachs macht es zwingend erforderlich, den Autobahnring in diesem Jahrzehnt fertig zu stellen.

Forderungen der Aufbaugemeinschaft:

- Die zeitnahe Vollendung des Autobahnringes um Bremen, einschließlich der neuen Bundesstraße 212
- Die weitere Umsetzung des Verkehrskonzeptes Bremer Kreuz. Dazu gehören insbesondere die Verlängerung der Theodor-Barth-Straße bis zu einem neuen Anschluss an die BAB 27 (entsprechend der mit Niedersachsen und Achim eingeleiteten Planung) sowie die Verlängerung der Hans-Bredow-Straße bis zum Ehlersdamm im Zuge der Verlängerung der Linie 1 von Osterholz bis zum Bahnhof Mahndorf
- Die Anpassung der Bahnkapazitäten in Bremen und im Hinterland an gestiegene und weiter steigende Güterumschlagsmengen, u.a. im Logistikzentrum auf der linken Weserseite sowie in den Containerumschlaganlagen in Bremerhaven und bald auch in Wilhelmshaven
- Anstrengungen erhöhen, um die vorhandenen Kapazitäten des Airports durch zusätzliche Linienangebote für Personen und für Luftfracht auszulasten
- Die zügige Verwirklichung eines modernen S-Bahn-Systems, das die Region erschließt

Zur Verbesserung der überregionalen Verkehrsanbindung des Wirtschaftsstandortes Bremen sind außerdem notwendig:

- Der Bau der Küstenautobahn BAB 22
- Die Anpassung von Unter- und Außenweser
- Die Vollendung des Mittelweserausbaus

7. Mehr Anstrengungen für Bremen-Nord

Die wirtschaftliche Entwicklung Bremen-Nords bereitet uns nach wie vor große Sorgen. Die drei Ortsamtsbereiche haben inzwischen den Anschluss an die teilweise positive Entwicklung anderer bremischer Stadtteile weitgehend verloren.

Zu begrüßen ist deshalb, dass sich inzwischen das Industrieforum und die Unternehmerinitiative zum Unternehmerforum Bremen-Nord zusammengeschlossen haben, um die wirtschaftlichen Interessen von über 100.000 Einwohnern in den drei Stadtteilen wirkungsvoller vertreten zu können.

Forderungen der Aufbaugemeinschaft:

- Attraktive Verbindung zwischen der City Vegesack und dem Einkaufszentrum Haven Höövt, z. B. durch einen Elektro-Shuttle-Dienst
- Steigerung der Attraktivität des Sedanplatzes, insbesondere durch eine nachhaltige und angemessene Nutzung der neuen Markthalle in Verbindung zur Kramer-Immobilie
- Intensivere Akquisitionsmaßnahmen der WFB Bremen GmbH zur Besiedlung des Science Parks an der Jacobs Universität
- Umsetzung der Planungen für den Gesundheitspark Friedehorst
- Bauleitplanerische Absicherung für eine industriell-gewerbliche Wiederbelebung des BWK – Geländes
- Ausweisung attraktiver Wohnbauflächen
- Weitere Aufwertung der Nebenzentren, insbesondere Blumenthals

Über die Aufbaugemeinschaft Bremen

Die Aufbaugemeinschaft Bremen fördert seit 1945 die städtebauliche Entwicklung der Stadt Bremen und der niedersächsischen Nachbargemeinden. Sie verfolgt dabei keine eigenen wirtschaftlichen Zwecke und ist als gemeinnützig anerkannt.

Der Begriff „städtebauliche Entwicklung“ ist dabei weit auszulegen. Nachdem der Wiederaufbau abgeschlossen ist, umfaßt der Begriff auch Bereiche, die heute unter dem Begriff „Lebensqualität“ erfasst werden. So spielen z.B. Naturschutz, Umweltschutz, Pflege der Tradition und Denkmalschutz bei der Tätigkeit des Vereins eine wichtige Rolle.

Die Aufbaugemeinschaft verfolgt jedoch vor allem das Ziel, Bremen als Oberzentrum für die Region zu stärken. Die Stadt soll für ihre Bewohner und für das Umland in allen Belangen attraktiv bleiben.

Mit Blick auf Bremens lange Geschichte begreift der Verein sein Wirken als Heimatpflege mit dem Ziel, die Stadt in ihrer natürlichen und geschichtlichen Eigenart zu erhalten, während sie gemäß den heutigen Anforderungen weiterentwickelt wird.

Impressum

Herausgeber:

Vorstand und Beirat der Aufbaugemeinschaft Bremen e. V.

Uwe A. Nullmeyer (1. Vorsitzender), Joachim Linnemann (stv. Vorsitzender), Stefan Storch, Hermann Schünemann, Carl-Michael Bühren, Jens Dasenbrook, Carsten Meyer, Simon Reimer, Klaus-Wilhelm Timm

Aufbaugemeinschaft Bremen e. V.

Postfach 10 60 67

28060 Bremen

Tel. (0421) 3 69 03 37

www.aufbaugemeinschaft.de